

Interkommunionfeiern finden nur in kleinen Zirkeln statt, in Hausgemeinden oder Mischehekreisen — im öffentlichen Gottesdienst der Pfarrgemeinde werden die Abendmahlsgäste zwar nicht überprüft, es wird aber auch nur in Ausnahmefällen zur offenen Kommunion eingeladen. Die demonstrativen Feiern auf dem Pfingsttreffen sollten die Kirchenleitungen auf einen pastoralen Notstand aufmerksam machen.

Was hier als Krise, als gefahrvolle Wende in der Ökumene erscheint, ist in Wahrheit ein konfessionseigenes Problem, eine Krise der konfessionellen Identität. Das elitäre Bewußtsein freikirchlicher Gemeinschaften ist ebenso erschüttert wie die verfaßte Kirchlichkeit der großen Konfessionskirchen. Ob kirchenamtliche Scheingefechte gegen die „Dritte Konfession“ nicht davon ablenken, daß im eigenen Hause noch viel Theologie aufzuarbeiten ist?

Die Eigendynamik der Ortsökumene

So unbegründet die Furcht vor einer „Dritten Konfession“ ist: daß die Ökumene am Ort eine eigene Dynamik entwickelt, läßt sich nicht bestreiten. Das kann nur diejenigen verwundern, die nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil geglaubt hatten, Ökumene lasse sich durch kirchliche Amtsblätter dosieren und steuern.

Ein Gradmesser für den gegenwärtigen Stand bieten die *Arbeitspapiere*, die auf den diesjährigen Regionaltagungen der Frankfurter Ökumenischen Centrale erstellt worden sind (Materialdienst der Ökumenischen Centrale 1972, Nr. 7—9). Diese Tagungen — die Anfang des Jahres in Hofgeismar, Teisendorf/Bayern, Schwerte/Ruhr und Berlin stattgefunden haben — sollten die Aufgaben der Ökumene am Ort neu umreißen. Sie spiegeln wider, welche Kräfte, welche Themen und welche Initiativen die ökumenische Gemeindegemeinschaft für die nächsten Jahre bestimmen dürften:

1. Neben den Christenräten gehört zum Bild der Ortsökumene die *wachsende Zahl der Basis- und Dienstgruppen*, die sich in Fragen der Dritten Welt, der Gastarbeiterbetreuung und anderen sozialkaritativen Aufgaben engagieren. Das Hauptproblem ist hier die Kommunikation:

es gibt Gruppen, die sich einen eigenen Kontakt nach Genf aufgebaut haben — aber von der eigenen Kirchenleitung oder Diözese trennt sie eine Kluft. Kontaktstellen für den Gedanken- und Erfahrungsaustausch könnten die regionalen Christenräte sein sowie die von der action 365 eingerichtete „Kontaktstelle für ökumenische Gemeindearbeit“ in Frankfurt.

2. Im *gottesdienstlichen Bereich* bildet die Interkommunion das Kernproblem. Die Diskussion darüber hat sich aber versachlicht. Pfarrer, ökumenische Gruppen und Mischehekreise, die sich für die offene Kommunion aussprechen — und sie gelegentlich auch praktizieren —, betrachten das Ökumenische Direktorium als Haupthindernis, weil es die offene Kommunion nur im äußersten Notfall zulasse. Man beruft sich jedoch auf die Malta-Gespräche zwischen dem Lutherischen Weltbund und dem Einheitssekretariat (vgl. HK, Nov. 1971, 536 ff.), die wenigstens einen neuen Diskussionsstand geschaffen hätten.

3. Neues Thema der Ökumene am Ort ist der *Religionsunterricht* geworden. Der konfessionelle Religionsunterricht hatte die Kinder nicht in ihrer Kirche beheimaten können. Was spreche also, so meinen manche, gegen gemeinsamen Unterricht? Bietet er doch — vor allem in der Sekundarstufe II — die Möglichkeit, unkirchliche Schüler durch gezielte Kursangebote für kirchliche Themen zu interessieren. Der Lehrer dürfte nicht auf einen wertneutralen Unterricht festgelegt, der Schüler aber auch nicht als Bekehrungsobjekt betrachtet werden. Lehrer, die ökumenischen Religionsunterricht erteilen wollen, sollten beim Schulrat die Genehmigung dazu beantragen können.

4. Festzusetzen beginnt sich an der Basis der *Gedanke der Konziliarität*, für den sich 1971 die Faith-and-Order-Kommission in Löwen nachdrücklich eingesetzt hat. Wenn „ein wahrhaft universales Konzil wieder für alle Christen sprechen und den Weg in die Zukunft weisen“ soll (Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala 1968), muß dies auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene vorbereitet werden. Ein Modell gibt es noch nicht; als Muster konziliaren Miteinanders könnte aber die Methode der Konvergenz dienen, bei der man gemeinsam — jeder von seiner Tradition her — die Glaubensantwort auf die Fragen der Zeit sucht.

Richard Boeckler

War die Welthandelskonferenz eine Enttäuschung?

Zu den Ergebnissen der UNCTAD III in Santiago

Die dritte Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD III) ging am Pfingstsonntagmorgen mit einer Marathonsitzung zu Ende, die sich über die letzten drei Tage und Nächte hingezogen hatte. In diesen drei Tagen, also vom 18. bis zum 21. Mai, hatten die Delegierten über etwa 50 Resolutionen abzustimmen. So endete die Konferenz in einer Atmosphäre der Erschöpfung und Verbitterung. Erschöpfung wegen der drei Nachtsitzungen und Verbitterung wegen der äußerst mageren Resultate. Verbitterung natürlich nur auf der Seite der Entwicklungsländer. Die Industrieländer hatten eher mit dem „Erreichten“ zufrieden zu sein. Sie tragen aber auch ein gerüttelt Maß Verantwortung für die enttäuschende Bilanz. Die 3000 Delegierten aus 141 Ländern

und von etwa 50 internationalen Organisationen haben nach über fünf Wochen Verhandlungen im Plenum, in Kommissionen und Kontaktgruppen eine einzige wirklich tragende Resolution verabschiedet: den 25 ärmsten Ländern unter den Armen soll besondere Hilfe zuteil werden.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (23. 5. 72) bezeichnet das Ergebnis zwar nur als „relativ bescheiden“. Die Enttäuschung der Entwicklungsländer wird weitgehend ihrem „fehlenden Realitätssinn“ zugeschrieben. Die Forderungen von Lima der Gruppe der 77 seien eben „mehr aufgestellt als ausgearbeitet“ worden. Der Verlauf der Konferenz zeigt aber, daß dieses Urteil einer genaueren Überprüfung kaum standhält.

Die Forderungen der Entwicklungsländer

Die Gruppe der 77, die übrigens heute 96 Entwicklungsländer umfaßt, hat ihre Wunschliste schon auf der Konferenz in Lima Ende Oktober letzten Jahres abgestimmt (vgl. HK, Februar 1972, 63 ff.). Das Währungsproblem stand dabei eindeutig im Vordergrund. Dies ist nicht verwunderlich, haben doch die Entwicklungsländer durch die Wechselkursanpassungen und die amerikanischen Importsteuern erhebliche Verluste erlitten. Nach Berechnungen der UNCTAD beläuft sich der Verlust an Exporten durch die amerikanischen Restriktionen auf etwa 500 Millionen Dollar. Der Verlust an Währungsreserven infolge der Wechselkursanpassungen wird auf 950 Millionen Dollar geschätzt (UNCTAD-Dokument TD/B/C.3/98). Die Hauptforderung war das sog. „Link“, d. h. die *Verkettung der Sonderziehungsrechte (SZR) mit der Entwicklungshilfe*. Ein Teil der SZR sollte direkt an die IDA (International Development Association, das Tochterinstitut der Weltbank, die weiche Kredite gibt) ausbezahlt werden. Die Hilfe könnte damit unter Umgehung der etwas „entwicklungshilfemüden“ Parlamente in den Industrieländern erhöht werden.

Eine weitere Forderung betraf *Sondermaßnahmen zugunsten der 25 ärmsten Länder*. In den für die Entwicklungsländer lebenswichtigen Rohstofffragen werden Maßnahmen zur Preisstabilisierung gefordert, etwa durch weitere internationale Rohstoffabkommen. Auf dem Gebiet der Industrieprodukte wünschten die Entwicklungsländer eine Ausdehnung der Zollpräferenzen auf sämtliche Produkte. Außerdem sollten auch die USA generelle Zollpräferenzen einführen. Weiters wurde eine Ausweitung des Handels mit den kommunistischen Industriestaaten gefordert. Die Ostblockländer sind ja ein riesiger, praktisch noch brachliegender Konsumgütermarkt. Man denke da nur etwa an Kaffee!

Probleme des sogenannten unsichtbaren Handels, wie Schifffahrt, Technologietransfer, Versicherung und Rückversicherung sowie Tourismus, und Fragen der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern nehmen im Forderungskatalog ebenfalls breiten Raum ein.

Diese Forderungen und Erwartungen der Entwicklungsländer wurden in den Industrieländern von verschiedenen Gruppen und Organisationen unterstützt. In der Bundesrepublik taten sich dabei bekanntlich vor allem die Kirchen hervor (vgl. dazu die gemeinsame Stellungnahme der evangelischen und katholischen Kirche in HK, April 1972, 183 f.). In der Schweiz gab es ebenfalls eine Erklärung der drei Landeskirchen, die allerdings weitgehend von der sogenannten „Erklärung von Bern“ inspiriert war.

Es bleibt die Frage nach dem „Realitätssinn“ der Entwicklungsländer. Geht man von den bestehenden Machtverhältnissen, den Interessen der Industrieländer und der davon abhängigen praktischen Realisierbarkeit der Forderungen aus, so haben die Entwicklungsländer in der Tat eher Hoffnungen gehegt als praktischen Realitätssinn gezeigt. Geht man aber von Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, Krankheit und Tod, kurz von ihrer tatsächlichen Situation aus, so kann man wirklich nicht von fehlendem Realitätssinn sprechen. Die Forderungen der Entwicklungsländer wären zudem technisch durchaus zu verwirklichen.

Das UNCTAD-Sekretariat in Genf hat über die verschiedenen mit den Forderungen der Entwicklungsländer zusammenhängenden Probleme eine Vielzahl von Dokumenten und Studien veröffentlicht, die alle von anerkannten Fachleuten ausgearbeitet wurden. Die Entwicklungsländer haben ihr Programm nicht nur aufgestellt, sondern vor allem auch gründlich ausgearbeitet. Es ist aber klar, daß die zum Konferenzende eingebrachten Kompromißvorschläge der Entwicklungsländer — die vorbereiteten Forderungen wurden von den Industrieländern weitgehend zurückgewiesen — nicht mehr hieb- und stichfest sein konnten.

Die wichtigsten Resultate

Von den 51 Resolutionen, die verabschiedet wurden, seien die folgenden wichtigsten herausgegriffen:

Internationale Währungssituation: Diese Resolution, die infolge amerikanischer Vorbehalte gegen das Link noch in der letzten Nachtsitzung abgeändert werden mußte, wurde erst am Pfingstsonntagmorgen unmittelbar vor Konferenzschluß verabschiedet. So mußte über den umstrittenen Paragraphen getrennt abgestimmt werden. Die von der Gruppe der 77 vorgeschlagene Fassung betonte, daß die Konferenz „die Einrichtung eines ‚Link‘ zwischen Sonderziehungsrechten und zusätzlicher Entwicklungshilfe voll unterstützt“. Erst in der letzten Nacht eingetroffene Informationen hinderten die amerikanische Delegation daran, diesem Paragraphen zuzustimmen. Schließlich wurde, bei Stimmenthaltung der USA, eine Fassung angenommen, die anerkennt, daß „die Frage des Link die volle Aufmerksamkeit verdient“. Außerdem wird der Internationale Währungsfond (IWF) gebeten, diese Frage gründlich zu prüfen. In dieser Resolution wird der IWF weiter eingeladen, „mit Verständnis“ das Projekt eines Rates von 20 Mitgliedern zu prüfen. Dieser Rat sollte die gleiche Zusammensetzung wie der Verwaltungsrat des IWF haben und bei der Reform des Weltwährungssystems ratgebend mitwirken. Damit wären in diesem Rat dann neun Entwicklungsländer vertreten. Weiter wurde einstimmig eine Resolution gutgeheißen, die den Entwicklungsländern eine volle Beteiligung bei den kommenden GATT-Verhandlungen zusichert.

Spezielle Maßnahmen für die „am wenigsten entwickelten unter den Entwicklungsländern“: Dies ist zweifellos das wichtigste Ergebnis der Konferenz. Diese Resolution sieht eine Reihe von Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten zugunsten der 25 ärmsten Länder vor. Der von den Entwicklungsländern vorgeschlagene Sonderfonds wurde von den Industrieländern abgelehnt, und zwar mit dem Argument, die Schaffung weiterer schwerfälliger Administrationen sei zu vermeiden (laut Botschafter *Rothenbühler*, Leiter der schweizerischen UNCTAD-Delegation, auf seiner Pressekonferenz vom 1. 6. 72 in Bern). Daher wurde dem ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat der UN) empfohlen, die Frage eines Sonderfonds zu prüfen. Außerdem wurden spezielle Maßnahmen zugunsten derjenigen Länder in Aussicht gestellt, die keinen Zugang zum Meer haben.

Rohstoffe: In dieser Frage konnten kaum Fortschritte erzielt werden. Die Entwicklungsländer drängten auf ein generelles Abkommen für alle Rohstoffe, während die Industrieländer am produktweisen Vorgehen festhielten. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenom-

men, die noch für dieses Jahr den Abschluß eines internationalen Kakao-Abkommens vorsieht. Zudem sollen im Oktober und November in Genf spezielle Rohstoffkommissionen tagen, die die Möglichkeit weiterer Abkommen prüfen sollen.

Verhaltenscode für Schiffahrtskonferenzen: Gegen die Stimmen der Industrieländer wurde ein Entwurf für einen Verhaltenscode für die Schiffahrtskonferenzen angenommen. Er soll die Monopolstellung dieser Konferenzen, die in Wirklichkeit ein Angebotskartell darstellen, zumindest einschränken.

Industrieprodukte: Dazu wurden sechs Resolutionen vorgelegt. So sollen in Zukunft vor allem die nicht tarifären Schranken abgebaut werden. Außerdem wurde die Bildung eines neuen Ausschusses beschlossen, der jährlich Konsultationen über den Stand der Verwirklichung des Zollpräferenzsystems durchführen soll. Wesentliche Fortschritte wurden in dieser wichtigen Frage nicht erzielt, da die USA sich weiterhin außerstande erklären, die Zollpräferenzen einzuführen, und die anderen Industrieländer kaum bereit sind, die Präferenzen auf weitere Produkte auszudehnen. Die Entwicklungsländer denken hier vor allem an für sie besonders interessante Produkte, wie Nahrungsmittel, Textilien, Lederwaren, also vor allem an arbeitsintensive Produkte.

Finanzfragen: Der Richtsatz von 1% des Bruttosozialprodukts an totalen Finanzmitteln bzw. 0,7% an öffentlicher Hilfe wurde bestätigt. Die Industrieländer dokumentierten in dieser Frage ihren guten Willen, konnten sich aber zu keinen Versprechungen entschließen. Einige Länder, so etwa die BRD, Schweden und die Schweiz, kündigten eine Verbesserung der Kreditbedingungen an. Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller hat für die Bundesrepublik den Entwicklungsländern besonders günstige Kredite angeboten. So werden die 25 ärmsten Länder inskünftig Kredite zu 0,75% mit 50 Jahren Laufzeit (mit inkl. 10 Freijahren) erhalten; die anderen Entwicklungsländer zu 2% mit 30 Jahren Laufzeit (wiederum mit inkl. 10 Freijahren). Außerdem seien 75% der deutschen Hilfe ungebunden (vgl. UNCTAD Press Release TAD/INF/538).

Institutionelle Fragen: Die Mitgliederzahl des Rats der UNCTAD (Trade and Development Board) wird von 55 auf 68 erhöht. Die Vertretung der Industrieländer wird von 18 auf 21 erhöht, so daß ihr relativer Anteil nur leicht zurückgeht.

Appelle von geringer Wirkung

Für eine genauere Würdigung des Ergebnisses und seiner Folgen — die längerfristig wohl nicht nur die Entwicklungsländer betreffen werden — ist es von Vorteil, einen Blick auf einige hervorragende Reden aus der Generaldebatte der Konferenz zu werfen.

Die Rede des Präsidenten der Weltbank, *R. S. McNamara* (vgl. ds. Heft, S. 348 ff.) wirbelte einigen Staub auf. Er hielt sowohl den Industrieländern als auch den Entwicklungsländern den Spiegel vor. Er zeigte den unterschiedlichen und untragbaren Stand der Entwicklung auf. So war nach seiner Meinung das letzte Jahrzehnt für die meisten Entwicklungsländer gesamtwirtschaftlich betrachtet das erfolgreichste ihrer Geschichte. Der wahre Sinn und Zweck der Entwicklungsarbeit sei aber die Verbesserung des Lebens

der Einzelperson. Dieses Ziel wurde weitgehend nicht erreicht. McNamara wies auf die sehr ungleiche Entwicklung verschiedener Bevölkerungsschichten und die äußerst ungerechte Einkommensverteilung in einigen volkreichen Entwicklungsländern hin. So erwähnte er namentlich Brasilien, Indien und Mexiko. Seine Rede war ein eindringlicher Appell an alle, den großen und schönen Worten auch Taten folgen zu lassen.

Einen weiteren bemerkenswerten Akzent in der Generaldebatte setzte der *Vertreter des Vatikans, Bischof R. Torrella Cascante*. Nebst seiner Forderung nach einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes, wenn nötig durch grundlegende Strukturveränderungen, ritt er vor allem eine Attacke gegen die multinationalen Konzerne. Diese Frage war im Laufe der Konferenz in den verschiedensten Reden immer wieder aufgetaucht, obwohl sie nicht explizit auf die Tagesordnung gesetzt worden war.

Die bekannte Entwicklungswissenschaftlerin *Barbara Ward-Jackson*, die der Vatikan-Delegation angehörte, äußerte sich mit ironischen Worten über die Probleme der Industrieländer: „Die tiefen, sogar herzerzitternden Probleme der Reichen ... sind ihre Ausrede, um praktisch nichts zu tun für die unendlich wirklicheren und herzerzitternderen Probleme der Armen“ (vgl. *The Guardian*, 19. 5. 72). Sie erwähnte weiter die enorm hohen Rüstungsausgaben der Industrieländer sowie den Protektionismus auf dem Gebiet der Landwirtschaft, für die jährlich über 20 Milliarden Dollar aufgewendet werden.

Zur Selbsthilfe ermuntert

Die Weltpresse war sich in der Beurteilung des Ergebnisses weitgehend einig. Die Titel reichen vom verharmlosenden „Abschluß der UNCTAD-Konferenz“ (*NZZ*, 23. 5. 72) über „Große Schau mit kleinem Nutzen“ (*Die Zeit*, 28. 5. 72). „Viele Worte und ein mageres Ergebnis“ (*Süddeutsche Zeitung*, 24. 5. 72), „Dritte Enttäuschung“ (*Le Monde*, 23. 5. 72), „Erbarmungsloser Klub der Reichen“ (*Basler National-Zeitung*, 27. 5. 72) bis zu „Zorn nach Santiago“ (*The Guardian*, 23. 5. 72).

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß die Schuld an diesem enttäuschenden Resultat weitgehend doch bei den *Industrielländern* liegt. Sie haben zur Verteidigung ihrer Interessen ihre eigenen Schwierigkeiten hochgespielt. Die unnachgiebige Haltung der Industrieländer entspringt zu einem schönen Teil handfesten Interessen. Als Beispiele sei etwa auf die Zuckerpolitik der EWG und auf die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der USA hingewiesen. Diese Haltung der meisten Industrieländer hat aber auch positive Ergebnisse gezeigt: Das Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer wurde gestärkt. Sie sind sich ihrer Stärke als Block bewußt geworden und haben erkannt, daß sie noch stärker als bisher zur Selbsthilfe greifen müssen (vgl. *Sunday Times*, 21. 5. 72).

Die erstmalige *Präsenz Chinas* auf der Konferenz hat darauf zweifellos einen gewissen Einfluß gehabt. Die chinesische Delegation benahm sich aber sehr zurückhaltend und hat sich aus den kleinlichen Streitigkeiten weitgehend herausgehalten. Sie hat jedoch sehr viel „Korridorpolitik“ betrieben (vgl. *Le Monde*, 23. 5. 72). Was aber viele befürchteten — daß sich China zum Sprecher und Führer der Armen machen könnte — ist nicht eingetreten. Die

Chinesen haben die Entwicklungsländer aber immer wieder aufgefordert, ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen.

Gewisse Impulse in dieser Richtung gingen auch von Chile aus. Allein schon das mächtige in der Rekordzeit von 13 Monaten gebaute Kongreßgebäude machte bei Vertretern der Entwicklungsländer Eindruck, dann natürlich vor allem die Politik der gegenwärtigen Regierung. Präsident Allende wies in seiner Eröffnungsansprache immer wieder auf die Anstrengungen Chiles hin. Den Befürwortern ausländischer Privatinvestitionen hielt er das Beispiel eines ausländischen Kupferkonzerns entgegen. Diese Gesellschaft habe nach ihrer eigenen Bilanz im Jahre 1968 79% des Gewinns des Gesamtkonzerns in Chile erzielt, während nur 13% der gesamten Investitionen nach Chile gingen. Weiter hätten alle Gesellschaften, die Kupfer abbauten, insgesamt etwa 30 Millionen Dollar in Chile investiert, aber über vier Milliarden Dollar an Gewinnen abgezogen (UNCTAD-Dokument TD/150, S. 9).

Um möglichen Erfolg in Entwicklungsländern zu demonstrieren, wird oft das Beispiel Brasiliens zitiert, das in den letzten vier Jahren eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von beinahe 10% erreichte. Brasilien hat auch gewaltige Fortschritte in bezug auf die Diversifikation seiner Exporte gemacht. Das einstige Kaffeeland erzielte 1971 nur noch 27% seiner Exporterlöse aus dem Kaffeeverkauf, während der Anteil der Industrieprodukte ständig zunimmt (vgl. FAZ, 13. 3. 72). Ebenso wird oft auch Mexiko als Musterland zitiert, das natürlich auch gewaltige Mengen vor allem amerikanischen Privatkapitals erhält. Hier muß aber nochmals auf die Rede McNamaras vor der UNCTAD hingewiesen werden. Er sagte über Brasilien: „... ging der auf die 40% ausmachende ärmste Bevölkerungsschicht entfallende Anteil des Volkseinkommens in den Jahren zwischen 1960 und 1970 von 10% auf 8% zurück. Der Anteil der reichsten (nur 5% der Bevölkerung) stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 29% auf 38%. Dem Bruttosozialprodukt nach entwickelte sich das Land gut, ebenso die Klasse der Reichsten. Die 40% der ärmsten Bevölkerung zogen allerdings aus diesem Fortschritt kaum einen Nutzen.“ Ähnlich alarmierende Zahlen nannte er für Indien und Mexiko. Der Weltbankpräsident und frühere amerikanische Verteidigungsminister wollte damit wohl nicht unbedingt, wie „The Guardian“ (19. 5. 72) meinte, den Entwicklungsländern anraten, „mehr sozialistisch zu sein“, aber er legte so die Ungleichgewichte in den Entwicklungsländern selbst

wie ihre teilweise Abhängigkeit von den internationalen Handelsbeziehungen bloß.

„Ein Jahrzehnt der Explosionen“

Indessen ist das wachsende Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer nicht zu leugnen. Die Entwicklung in Chile und Peru hat zudem gezeigt, daß die Regierungen der Industrieländer praktisch keine Sanktionen mehr gegen Verstaatlichungen ihrer Unternehmungen ergreifen. Dies, obwohl die betroffenen oder bedrohten meist multinationalen Konzerne bestimmt versuchen, ihren Einfluß bei den Regierungen geltend zu machen.

Man kann sich fragen, wie sich das erhöhte Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer auswirken wird. Werden sie eine Art Gewerkschaft der Armen bilden und fähig sein, geschlossen Druck auf die Industrieländer auszuüben? Dies muß bezweifelt werden. Zwar gibt es das Beispiel der OPEC-Länder (OPEC ist die Vereinigung der Erdöl exportierenden Staaten), denen es gelang, die Konsumentenländer wirksam unter Druck zu setzen. Es handelt sich dabei aber um einen Sonderfall. Einmal ist die Abhängigkeit der Industrieländer von der Energiequelle Erdöl besonders groß. Zum andern sind die Interessen der Erdöl exportierenden Länder sehr leicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, in diesem Falle sogar über politische Gegensätze hinweg. Im Falle der Gesamtheit der Entwicklungsländer dürfte dies praktisch unmöglich sein. Die Interessengegensätze, die ja nur Ausdruck des sehr unterschiedlichen Entwicklungsstandes der einzelnen Länder sind, haben eher die Tendenz, noch größer zu werden. Außerdem werden gerade diese Gegensätze innerhalb der Entwicklungsländer von den Industrieländern immer wieder ausgenützt und zum Teil sogar noch bewußt vergrößert. Dies kann durch Sonderabkommen eines Industrielandes mit nur wenigen Entwicklungsländern geschehen. Es sei hier etwa das USA-Zuckerabkommen zitiert, das zwischen den USA und einigen lateinamerikanischen Zuckerproduzenten besteht. Die kurzsichtige, rein ökonomischen Interessen dienende Politik der Industrieländer hilft also, den Graben zwischen Nord und Süd immer mehr zu vergrößern, die Spannungen immer mehr zu verschärfen. R. Prebisch, der frühere Sekretär der UNCTAD, sagte in Santiago: „Die erste Entwicklungsdekade war ein Jahrzehnt der Frustrationen. Es gibt klare Anzeichen, daß die zweite ein Jahrzehnt der Explosionen wird.“

Peter Keppeler

Das Interview

Augsburg ein Jahr danach

Ein Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten des ZdK, Dr. A. Beckel

Dr. Albrecht Beckel, Oberbürgermeister von Münster und CDU-Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und der Gemeinsamen Synode, war von März 1968 bis März 1972 Präsident des ZdK und in dieser Eigenschaft katholischer

Koprsäsident der Trägerkommission für die Vorbereitung und Durchführung des Augsburger Pfingsttreffens 1971. Bei seiner Verabschiedung als Präsident des ZdK brachte Dr. Beckel in sehr pointierter Form sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß Augsburg bisher keine adäquate Fortsetzung gefunden hat. Er richtete bei dieser Gelegenheit